Nicht jeder, der nicht kämpfen will, will Frieden

Warum Kriegsdienstverweigerung erst der Anfang der Demilitarisierung ist

Dieser Artikel ist kein Versuch, eine fertige Antwort zu geben. Er ist vielmehr eine Einladung, intensiver darüber nachzudenken, was wir eigentlich unter Antimilitarismus verstehen, wenn Krieg aufhört, eine abstrakte Möglichkeit zu sein, und zur unmittelbaren politischen Realität wird.

Die vergangenen vier Jahre der Arbeit mit belarusischen, russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerer*innen, Deserteur*innen und Menschen, die versuchen, nicht in die Armee zurückkehren zu müssen, haben mich immer häufiger zu einer Frage geführt, die früher beinahe theoretisch erschien: Reicht die bloße Verweigerung der Teilnahme am Krieg aus, um von Demilitarisierung zu sprechen?

In Friedenszeiten ist es leicht, das Recht eines Menschen zu verteidigen, nicht töten zu müssen. Sehr viel schwieriger wird es, wenn ein Staat tatsächlich Soldaten braucht, eine Gesellschaft in der Logik der Bedrohung lebt und die Verweigerung des Militärdienstes nicht mehr als Wahrnehmung eines Rechts, sondern als Verweigerung einer kollektiven Pflicht verstanden wird. Genau in diesem Moment zeigt sich, wie universell unsere eigenen Überzeugungen wirklich sind.

Das erste Paradox ist geopolitisch. Ein Belaruse, der sich weigert, dem Lukaschenko-Regime zu dienen, passt vergleichsweise leicht in das europäische Bild eines politisch verfolgten Menschen. Ein Russe, der sich nicht an der Aggression gegen die Ukraine beteiligen will, wird ebenfalls als jemand wahrgenommen, dessen Entscheidung moralisch nachvollziehbar ist. Doch wenn ein ukrainischer Mann sagt: „Auch ich will keine Waffe in die Hand nehmen und töten“, gerät seine Verweigerung häufig in einen völlig anderen moralischen Rahmen: nicht Gewissensfreiheit, sondern Pflicht gegenüber dem Staat; nicht Menschenrecht, sondern Bürgerpflicht. Und dann stellt sich die unbequeme Frage: Ist Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht – oder nur das Recht eines Bürgers der „falschen“ Armee?

Es gibt noch ein zweites geopolitisches Paradox, das nicht weniger schmerzhaft ist. Europäische Gesellschaften können die Verweigerung des Militärdienstes durch Belarus*innen und Russ*innen auf der Ebene politischer Rhetorik unterstützen. Doch diese Unterstützung wird plötzlich sehr viel komplizierter, sobald derselbe Mensch nicht mehr als Symbol des Widerstands gegen ein Regime erscheint, sondern als Asylsuchender und sagt: „Ich kann nicht zurück, weil ich nicht dienen will.“ Genau hier wird aus der moralisch verständlichen Figur des Kriegsdienstverweigerers nicht selten ein „falscher Kriegsdienstverweigerer“ – ein Mensch, dessen Motive überprüft werden, dessen Aufrichtigkeit angezweifelt wird und dessen Anspruch auf Schutz erheblich weniger selbstverständlich erscheint als die abstrakte Solidarität mit ihm.

Für unsere Region ist das besonders wichtig. In vier Jahren Krieg ist es uns nicht einmal gelungen, diesen ersten Schritt verlässlich zu machen: Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen für Menschen, die aus Belarus, Russland oder der Ukraine vor Einberufung und Militärdienst fliehen, ist in der Praxis weiterhin nur sehr eingeschränkt anerkannt. Gerade deshalb würde ich die Verweigerung des Militärdienstes nicht als vollendeten Akt des Antimilitarismus romantisieren. Wir haben noch nicht einmal gelernt, einem Menschen das elementare Recht zu garantieren, zu sagen: „Ich werde nicht töten“, ohne dass sein Rechtsstatus von seinem Pass, seinem Herkunftsstaat und der politischen Nützlichkeit seiner Verweigerung abhängt.

Doch selbst wenn dieser erste Schritt gelingt, löst er das Problem nicht vollständig. Denn es gibt ein weiteres Paradox – ein inneres, das nicht mehr im Staat, sondern im Kriegsdienstverweigerer selbst liegt.

In unserer Arbeit mit ukrainischen Männern, die sich in Europa befinden und nicht zur Ableistung des Militärdienstes zurückkehren wollen, begegnen wir einem Widerspruch, über den gerade deshalb nur ungern gesprochen wird, weil er vertraute moralische Kategorien aufbricht. Die persönliche Weigerung eines Menschen, an einem Krieg teilzunehmen, bedeutet keineswegs zwangsläufig eine Absage an militaristische Logik. Ein Mensch kann sein eigenes Recht, keine Waffe in die Hand zu nehmen, konsequent verteidigen und zugleich weitere Militarisierung unterstützen, mehr Militärhilfe fordern, eine bewaffnete Lösung für die einzig mögliche halten und davon ausgehen, dass andere kämpfen sollen.

Das ist kein Grund, ihm das Recht auf Verweigerung abzusprechen. Im Gegenteil: Das Recht, nicht zum Töten gezwungen zu werden, darf nicht davon abhängen, wie philosophisch konsistent, moralisch erhaben oder politisch bequem die Motivation eines Menschen ist. Er kann religiöser Pazifist sein, überzeugter Antimilitarist, jemand, der Angst hat zu sterben, der seine Familie, seine Arbeit oder sein gewohntes Leben nicht verlieren will. All diese Motive sind verschieden. Doch das Menschenrecht, nicht zur Beteiligung am Töten gezwungen zu werden, darf nicht nur denjenigen zugestanden werden, die in der Lage sind, ein makelloses pazifistisches Manifest zu formulieren.

Gleichzeitig sollten wir nicht jeden Menschen, der sich dem Militärdienst entzieht, allein deshalb zum Pazifisten erklären. Nicht jeder, der nicht in den Krieg ziehen will, will Frieden. Manchmal will er nur selbst nicht in den Krieg ziehen.

Genau hier beginnt die schwierigere Debatte für die antimilitaristische Bewegung selbst. Wenn unsere Arbeit in dem Moment endet, in dem es einem Menschen gelungen ist, der Mobilisierung zu entgehen, eine Grenze zu überschreiten und in Deutschland, Litauen oder einem anderen europäischen Land rechtlichen Schutz zu erhalten, haben wir das Problem dieses konkreten Menschen gelöst, aber noch fast nichts an jener militaristischen Logik verändert, die den nächsten Krieg hervorbringt.

Wir gelangen immer stärker zu der Überzeugung, dass es nicht dasselbe ist, einem Menschen zu helfen, die Armee zu verlassen, und ihm zu helfen, die Logik des Krieges zu verlassen. Der erste Schritt kann ein rechtlicher sein: das Recht auf Verweigerung anerkennen, Schutz gewähren, einen Menschen nicht dorthin zurückschicken, wo er zum Militärdienst gezwungen wird. Der nächste Schritt ist jedoch sozial, politisch und kulturell: Menschen dabei zu unterstützen, Gewalt und Krieg nicht länger als normale Instrumente der Politik zu betrachten, Menschen nicht länger in diejenigen zu teilen, die Schutz verdienen, und diejenigen, die man zwingen darf, und im zivilen Leben nicht ständig das binäre Schema „die Eigenen – der Feind“ zu reproduzieren.

Kriegsdienstverweigerung ist deshalb der Anfang der Demilitarisierung, nicht ihr Abschluss. Mehr noch: Sie ist nur jener erste Schritt, den wir in unserer Region seit vier Jahren zu gehen versuchen und den wir noch immer nicht als garantiert betrachten können. Danach beginnt eine sehr viel schwierigere Arbeit, für die europäische Gesellschaften bislang kaum eine Sprache haben.

Wie können wir Menschen helfen, nicht nur die Armee, sondern auch die Logik des Krieges zu verlassen? Diese Frage verbindet Kriegsdienstverweigerer unmittelbar mit Deserteur*innen und ehemaligen Kombattant*innen. Auf den ersten Blick sind das völlig unterschiedliche Gruppen: Der eine hat sich geweigert, eine Uniform anzuziehen, der zweite hat die Armee verlassen, der dritte hat mehrere Jahre gekämpft und ist erst danach ins zivile Leben zurückgekehrt. Doch nach dem Krieg wird Europa mit ihnen allen gleichzeitig konfrontiert sein – und nicht nur mit ihnen. Sondern mit Millionen von Menschen, deren Vorstellungen von Sicherheit, Gewalt, Vertrauen, Männlichkeit, Feind, Gerechtigkeit und dem Zulässigen durch den Krieg geprägt wurden.

Wir sprechen oft über ein künftiges Friedensabkommen, als bedeute das Ende der Kampfhandlungen automatisch die Rückkehr des Friedens. Doch ein Krieg endet nicht, wenn die Waffen schweigen. Er endet auch nicht, wenn ein Mensch die Uniform auszieht. Und er endet ebenso wenig, wenn ein Mensch sich weigert, diese Uniform überhaupt anzuziehen. Ein Krieg endet dann, wenn seine Logik aufhört, unsere Vorstellungen von Sicherheit, Feind, Gewalt und zulässigen Formen der Konfliktlösung zu bestimmen.

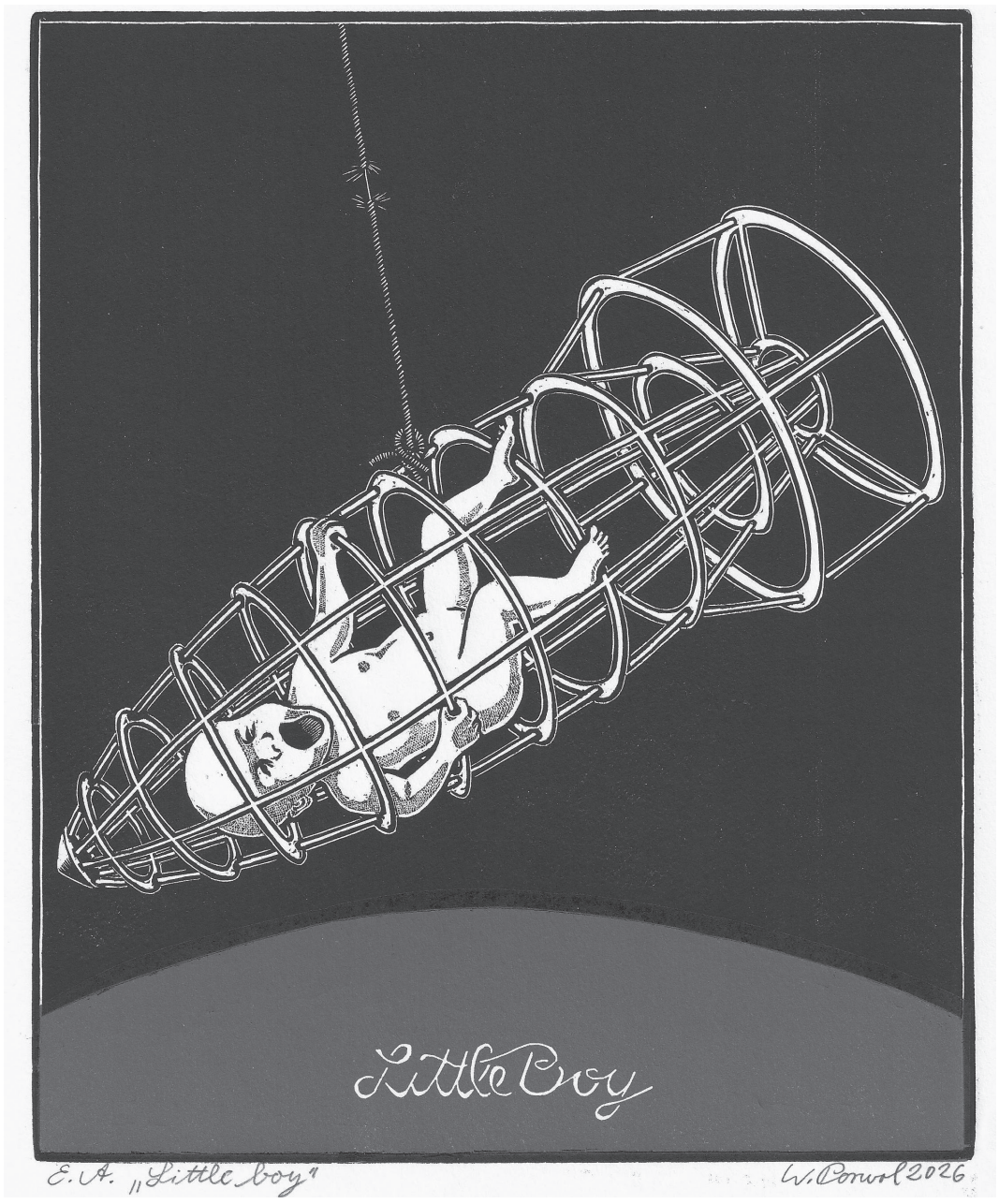
Gerade deshalb kann Demilitarisierung weder auf die Entwaffnung einer Armee noch auf die individuelle Verweigerung des Militärdienstes reduziert werden. Es ist ein Prozess, in dem sich eine Gesellschaft verändern muss: Schulen, Medien, politische Sprache, Vorstellungen von Heldentum, die Art, über den Gegner zu sprechen, der Umgang mit Dissens und die Fähigkeit, im Menschen nicht eine Ressource für den Krieg, sondern einen eigenständigen Träger von Rechten zu sehen.

Für die Friedensbewegung ergibt sich daraus eine unbequeme, aber notwendige Selbstprüfung. Es reicht nicht, diejenigen zu verteidigen, die nicht kämpfen wollen. Wir müssen zugleich ihr Recht auf Verweigerung auch dann schützen, wenn wir ihre Motive nicht teilen, und dürfen gleichzeitig das juristische Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht mit einer bereits vollzogenen antimilitaristischen Transformation verwechseln. Andernfalls werden wir entweder moralische Reinheit zur Voraussetzung von Schutz machen – oder die bloße Entziehung von der Mobilisierung bereits als fertige Friedenskultur ausgeben. Die eigentliche Arbeit beginnt zwischen diesen beiden Extremen. Sie verlangt, einen Menschen so anzuerkennen, wie er ist, ihm das Recht zu geben, nicht zu töten – und zugleich einen Raum zu schaffen, in dem er die Logik des Krieges selbst neu überdenken kann. Nicht ihn nach Anleitung zum Pazifisten zu machen, sondern einen Ausstieg aus einer Welt zu ermöglichen, in der Gewalt als unvermeidlich gilt und der Wert eines Menschen daran gemessen wird, wie bereitwillig er militärischen Zielen dient.

Deshalb denke ich immer weniger über Kriegsdienstverweigerung als einen Endpunkt nach. Ein Mensch sagt „Nein“ zur Teilnahme am Krieg. Das ist notwendig. Doch danach beginnt ein viel längerer Weg: von der Weigerung zu töten hin zur Fähigkeit, außerhalb einer Feindkultur zu leben und den Krieg nicht länger zu romantisieren; von individueller Rettung hin zu sozialer Verantwortung; vom Verlassen der Armee hin zum Verlassen des Krieges als Denk- und Handlungsweise.

Vielleicht liegt genau hier heute eine der zentralen Aufgaben des europäischen Antimilitarismus und Pazifismus. Nicht nur die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung für Belarus*innen, Russ*innen und Ukrainer*innen durchzusetzen – unabhängig davon, wie bequem ihre Verweigerung für unsere Geopolitik ist –, sondern ernsthaft damit zu beginnen, die Demilitarisierung von Menschen und Gesellschaften nach dem Krieg vorzubereiten. Denn wenn wir uns darauf beschränken, einen Menschen von der Front wegzuholen oder zu verhindern, dass er überhaupt dorthin gelangt, die Logik des Krieges selbst aber unangetastet lassen, beginnt der nächste Krieg lange bevor erneut der erste Schuss fällt.

Olga Karach



Das Recht, nicht zum Töten gezwungen zu werden, darf nicht davon abhängen, wie philosophisch konsistent, moralisch erhaben oder politisch bequem die Motivation eines Menschen ist

Olga Karach ist Menschenrechtsverteidigerin und Direktorin der VšĮvon „Our House Centre for Human Rights and Relief“ in Litauen. Sie berichtet regelmäßig für die GWR und arbeitet zu Menschenrechten, Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, Friedensarbeit, Zivilgesellschaft und transnationaler Repression.

Anzeige

Diese Zeitung willst Du lesen

DER METZGER

das satirische Magazin **erscheint seit 1968**

Herausgeber: Helmut Loeven

wird Zeit:

Probeheft anfordern:

Buchhandlung Weltbühne Gneisenaustraße 226 47057 Duisburg

oder:

situationspresse@gmx.de